

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.11.2022

Inhalt

EWN

1 Umwelthilfe kritisiert Terminal in Lubmin <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 08.11.2022</i>	3
2 LNG-Terminal vor Lubmin: Hält das Land Kritiker kurz? <i>ndr.de, 08.11.2022</i>	5
3 Viele Lehrstellen im Nordosten noch offen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 08.11.2022</i>	7
4 Entlastungen bei Energiepreisen in MV erst zum Jahreswechsel <i>nordkurier.de, 07.11.2022</i>	8
5 Polen setzt mithilfe von USA und Südkorea auf Atomkraft <i>DIE WELT, 08.11.2022</i>	9

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 08.11.2022 | S. 10

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

FLÜSSIGAS IN LUBMIN

Umwelthilfe kritisiert Terminal in Lubmin

Das Land will ein verkürztes Verfahren

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert das Land wegen des Genehmigungsverfahrens für das LNG-Terminal in Lubmin, das nach dem Willen der Betreiber bereits Anfang Dezember in Betrieb gehen soll. Am heutigen Dienstag beginnt die Auslegung der rund 1000 Seiten umfassenden Antragsunterlagen, allerdings nicht in digitaler, sondern nur in analoger Form. „Dieses Vorgehen ist unverschämt, nahezu kafkaesk“, sagt DUH-Energieexperte Constantin Zerger. Die Auslegungsfrist sei wegen des LNG-Beschleunigungsgesetzes (LNGG) bereits auf sieben Tage verkürzt. Deshalb sei es erforderlich, die Unterlagen auch in digitaler Form zur Verfügung zu stellen, um zumindest auf diesem Wege eine breitere Beteiligung der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Bis zum 14. November können die Antragsunterlagen im StALU Vorpommern während der Dienstzeiten und im Amt Lubmin nur nach vorheriger Absprache eingesehen werden. Ein Erörterungstermin, üblicherwei-

se Bestandteil von Genehmigungsverfahren, entfällt nach dem LNGG. Die DUH sieht in dem Verzicht auf eine digitale Auslegung einen möglichen Rechtsbruch und behält sich rechtliche Schritte vor. Das StALU verweist in einer Mail an die DUH auf die Deutsche Regas als Investor, die lediglich eine Auslegung in den Ämtern vorgesehen habe.

Auch inhaltlich übt die DUH Kritik an dem Projekt. Es sei fraglich, ob das privatwirtschaftlich betriebene LNG-Terminal benötigt werde. Der Greifswalder Bodden als EU-Vogelschutzgebiet sei ein problematischer Standort, die Anfahrbarkeit mit Shuttle-Schiffen schwierig. Das Land geht davon aus, dass das Terminal mit einer Kapazität von 5,2 Milliarden Kubikmeter Kapazität einen relevanten Beitrag leistet, um eine Gasmangellage zu verhindern. Deshalb greife das Beschleunigungsgesetz. Einwendungen können bis 21. November eingereicht werden. Martina Rathke



 ndr.de | 08.11.2022

 Stefan Ludmann

 WEBLINK

LNG-Terminal vor Lubmin: Hält das Land Kritiker kurz?

Der Starttermin für das LNG-Terminal in Lubmin könnte wegen Fehlern im Genehmigungsverfahren scheitern. Darauf hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hingewiesen. Sie fordert die Behörden auf, die Öffentlichkeit besser einzubinden.

In gut drei Wochen - Anfang Dezember - soll das erste private Flüssiggas-Terminal Deutschlands in Lubmin ans Netz gehen. Das Vorhaben wird als wichtiger Beitrag für eine sichere Gasversorgung gesehen. Wegen des Standorts am Greifswalder Bodden zwischen Rügen und Usedom gilt es als umweltrechtlich sensibel. Für das Groß-Projekt der Deutschen ReGas AG beginnt an diesem Dienstag die Beteiligung der Öffentlichkeit. Die Antragsunterlagen des Investors liegen im Staatlichen Umweltamt in Stralsund und im Amt Lubmin öffentlich aus - während der normalen Bürozeiten und in Papierform, in mehreren Aktenordnern. Einsicht ist nur nach vorheriger Terminabsprache möglich.

Umwelthilfe: Unterlagen müssen digital einsehbar sein

Die Deutsche Umwelthilfe findet diese Art und Weise unangemessen. Die Unterlagen müssten auch in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Nur das erlaube einen umfassenden und schnellen Blick in das Mega-Projekt und sichere eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit. Vorbild müssten die Nachbar-Bundesländer sein: Bei den geplanten LNG-Terminals in Niedersachsen und Schleswig-Holstein seien die Unterlagen auch digital einsehbar gewesen, erklärte der DUH-Klimaschutzexperte Constantin Zerger.

Kritik: Beteiligung der Zivilgesellschaft wird erschwert

Bei der DUH entsteht der Eindruck, dass Mecklenburg-Vorpommern auf der Bremse steht. Die rein analoge Auslegung erschwere die Beteiligung der Zivilgesellschaft oder mache sie sogar "gänzlich unmöglich", heißt es in einem Schreiben an das Staatliche Umweltamt in Stralsund. Zerger meinte auf NDR Anfrage, "offensichtlich soll hier eine Beteiligung der Öffentlichkeit sabotiert werden". Ein solch schwerer Verfahrensfehler könnte das gesamte Vorhaben gefährden.

"Wir werden sorgfältig alle rechtlichen Optionen prüfen, die wir haben", kündigte Zerger an. Die Genehmigung von Projekten durch öffentliche Behörden sei "schließlich kein Staatsgeheimnis". Zerger sieht auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) in der Pflicht. Sie hatte sich mehrfach für das Projekt stark gemacht. Schwesig müsse dafür sorgen, dass die Antragsunterlagen auch elektronisch einsehbar sind.

Behörde verweist auf LNG-Beschleunigungsgesetz

Die Behörde beruft sich dagegen auf neue Gesetze, die den Ausbau von LNG-Terminals beschleunigen sollen. Aus dem Schriftverkehr mit der DUH ergibt sich, dass das Amt die Entscheidung der ReGas mitträgt, auf eine elektronische Veröffentlichung der Unterlagen zu verzichten. Auffällig ist, dass das Umweltamt und auch das Ministerium offenbar keinen großen Wert darauf legen, auf die Beteiligung der Öffentlichkeit hinzuweisen.


Auf Anfrage teilte die ReGas mit, man erfülle "vollumfänglich die vom Gesetzgeber für das Genehmigungsverfahren festgelegten Anforderungen". Das Unternehmen habe sich bewusst gegen die elektronische Veröffentlichung der Unterlagen im Internet entschieden. Hintergrund sei vor allem die seit den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines und die Deutsche Bahn komplett neue Sicherheitslage. Ein ReGas-Sprecher erklärte außerdem, das LNG-Terminal sei "Bestandteil der systemrelevanten sensiblen Infrastruktur und ist von daher höchst schützenswert". Das Unternehmen leitet daraus einen besonderen Geheimhaltungsbedarf ab. Die ReGas sagt auch, es wäre zudem nicht nachprüfbar, wer genau Einsicht in die Unterlagen nehmen würde.

Zwei-Wochen-Frist für Bedenken

Kritiker haben von Dienstag an knapp zwei Wochen

Zeit, ihre Bedenken einzureichen. Am 1. Dezember will die Deutsche ReGas ans Netz gehen. Umweltminister Till Backhaus (SPD) hatte dem Investor ein zü-

giges Genehmigungsverfahren zugesichert, das allerdings auch vor Gericht Bestand haben müsse.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 08.11.2022 | S. 8 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189 Helmut Reuter

Viele Lehrstellen im Nordosten noch offen

Die Landesregierung und die Bundesagentur für Arbeit haben an junge Menschen appelliert, sich trotz des bereits angelaufenen Ausbildungsjahres noch für den Beginn einer dualen Berufsausbildung zu entscheiden. Bis Ende September hätten 1542 offene Stellen nicht besetzt werden können. „Noch nie seit der Wiedervereinigung waren in Mecklenburg-Vorpommern die Chancen auf eine Ausbildungsstelle so gut“, sagte der Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, Markus Biercher. Gemeinsam mit Arbeitsminister Reinhard Meyer (SPD) präsentierte er am Montag in Rostock die Ausbildungsbilanz.

In Mecklenburg-Vorpommern meldeten sich danach im Berichtszeitraum Oktober 2021 bis Ende September 2022 gar 6138 Jugendliche in den regionalen Arbeitsagenturen als Bewerber. Von ihnen seien Ende September noch 365 aus unterschiedlichen Gründen ohne Ausbildungsvertrag gewesen. Im gleichen Zeitraum wurden 11 159 Ausbildungsplätze gemeldet. Zum Vergleich: 2001/2002 kamen auf 18 100 Ausbildungsplätze 26 400 Bewerber. In vielen Berufen beginnt die Ausbildung am 1. August oder 1. September. Allerdings könnten auch im November und Dezem-

ber noch Verträge abgeschlossen werden, erklärt Biercher. Nach den Erfahrungen von Berufsberatern der Agentur für Arbeit in Rostock schauten sich die Bewerberinnen und Bewerber genau an, was der Arbeitgeber zu bieten habe. Wichtig seien dabei die Arbeitsplatzsicherheit, aber auch Arbeitszeitmodelle, Urlaub, Bezahlung und Karrieremöglichkeiten.

„Viele wissen auch um ihren Marktwert“, sagte Jens Hogh, der auch ein Beispiel nannte. So sei es früher nach Bewerbungsgesprächen üblich gewesen, dass der Arbeitgeber dem Kandidaten erklärt habe, dass man sich bei ihm oder ihr melde. „Heute sagte der Azubi: Ich melde mich bei Ihnen.“ Hogh betonte ausdrücklich die Wichtigkeit von Praktika, um einen Eindruck vom Arbeitsleben und vom möglichen Zukunftsberuf zu bekommen.

Der Grund für den Rückgang der Bewerberzahlen liege vor allem am demografischen Wandel, der jetzt voll durchschlage, sagte Biercher. Es gebe zudem den Trend zur weitergehenden Bildung. Allerdings würden etwa 20 Prozent der Abiturienten sich für eine Duale Ausbildung, also die Kombination aus Praxisausbildung und Berufsschule entscheiden.

Entlastungen bei Energiepreisen in MV erst zum Jahreswechsel

Der Krieg in der Ukraine tobt seit neun Monaten, die Energiekrise bedroht die Existenz vieler Menschen – doch auch länderbezogene Entlastungen müssen die Menschen in MV noch warten.

Schwerin. Energiekrise, nächste Runde: Auf offener Bühne bekämpfen sich die rot-rote Landesregierung und Teile der Opposition. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wann kommen die von der Schwesig -Regierung angekündigten ergänzenden Hilfen, mit denen das in der vergangenen Woche von der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vereinbarte Entlastungspaket direkt vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern noch unterstützt beziehungsweise ergänzt werden soll?

Nach hartnäckigen Nachfragen in einer Pressekonferenz zum anstehenden November- Landtag musste SPD-Fraktionschef Julian Barlen am Montag einräumen: „Die Entlastungen kommen nicht vor der Dezember-Sitzung des Landtages.“ Das heißt, die von der Ministerpräsidentin avisierten Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen, Kitas, Schulen, Sport, Kultur oder Tafeln dürften frühestens zum Jahreswechsel greifen. Unklar ist auch immer noch, wie dieser mittlerweile vom Härtefallfonds zum Energiefonds umbenannte Geldtopf ausgestattet wird. Von SPD und Linken war kein Wort zu den vermeintlichen Millionenbeträgen zu hören, die aufgrund des umfangreichen Aufgabenportfolios zwangsläufig benötigt werden.

CDU: Das Ding ist lächerlich

Die oppositionelle CDU will diese „Ankündigungsarie“ nicht mehr mitmachen und hat mit Nachdruck darauf verwiesen, einem gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen unter dem Slogan „Zusammen durch die Krise“ nicht beizutreten. „Die SPD betreibt im An-

trag Selbstbeweihräucherung und tut so, als gäbe es angesichts der Entscheidungen im Bund Grund zum Jubeln. Und dann behauptet sie auch noch, Gaspreisbremse und Strompreisbremse seien Schwesigs Werk. Das ist lächerlich und nicht zustimmungsfähig. Das Ding hat keinen Neuigkeitswert und die ständigen Regierungserklärungen von Frau Schwesig zum immer gleichen Thema nehmen auch überhand“, kündigte Franz-Robert Liskow, Fraktionschef der CDU, den bisherigen grundsätzlichen und in weiten Teilen gemeinsamen Konsens in der Energiekrise mit der Landesregierung auf.

Der Konter der SPD kam prompt. „Die CDU zieht sich aus der staatspolitischen Verantwortung“, kläffte Julian Barlen Richtung Christdemokraten. Die MPK sei erst vergangene Woche gewesen, es brauche jetzt einfach Zeit, um die technische Abwicklung der Entlastungsmaßnahmen zu gewährleisten, bat Barlen um Geduld und Verständnis.

Die oppositionelle CDU wiederum präsentierte einen konkreten Finanzierungsbetrag für die Hilfen in MV. „Was wir dringend brauchen, ist ein Härtefallfonds in Höhe von 200 Millionen Euro für die Bürger, die Wirtschaft, für Schulen, Krankenhäuser und andere“, so der CDU-Politiker. Wenn die Linkskoalition dazu einen brauchbaren Vorschlag mache, würden wir uns das anschauen und uns damit auseinandersetzen, ließ sich Liskow ein Hintertürchen für die Debatte am Mittwoch im Landtag offen.

Polen setzt mithilfe von USA und Südkorea auf Atomkraft

Unverständnis für die deutsche Energiepolitik

Warschau. Nachdem Beobachter lange über einen Projektpartner spekuliert hatten, ist Warschaws Entscheidung nun gefallen. "Eine starke polnisch-amerikanische Allianz garantiert den Erfolg unserer gemeinsamen Initiativen", schrieb Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki auf Twitter. Das Atomenergieprojekt werde "die verlässliche und sichere Technologie von Westinghouse nutzen".

Nur kurze Zeit später unterzeichnete Polens Minister für Staatsaktiva, Jacek Sasin, zusammen mit dem südkoreanischen Energieminister Lee Chang-yang in Seoul einen Vorvertrag für den Bau eines weiteren Kernkraftwerks. Polen steigt also mit Tempo in die Atomenergie ein. Wenn alles nach Plan läuft, könnte das Land schon in den 30er-Jahren ein Viertel bis ein Drittel seines Strombedarfs aus Kernenergie decken.

Im Jahr 2033 soll das vom amerikanischen Konzern Westinghouse zu bauende Kraftwerk ans Netz gehen. Während jenes Projekt von der polnischen Regierung gesteuert ist, es sich also um eine staatliche Investition handelt, ist das zweite Kraftwerk ein privatwirtschaftliches Projekt. Das Investitionsvolumen liegt bei 27 Milliarden Euro. Der südkoreanische Konzern KHNP und die polnischen Energiekonzerne PGE und ZE PAK arbeiten dabei zusammen. Letzterer zählt zum Firmenimperium des polnischen Milliardärs Zygmunt Solorz-Zak. Er soll sich zuletzt persönlich für die Investition starkgemacht haben. Experten vermuten, dass der südkoreanisch-polnische Kraftwerksbau sogar noch vor 2033 fertiggestellt werden könnte.

Es ist eine Entwicklung, die im Widerspruch zur deutschen Energiewende steht, dem gleichzeitigen Ausstieg aus der Atom- und Kohleverstromung. Nach Frankreich, mit 56 Kraftwerken Europas Atomland Nummer eins, setzt ab jetzt auch Polen, der große östliche Nachbar, auf Atomenergie. Russlands Überfall auf die Ukraine, die Tatsache, dass der Kreml Energielieferungen als Druckmittel gegen Europa einsetzt, haben die Entscheidung der polnischen Führung, in die Atomkraft einzusteigen nur beschleunigt.

Polnische Offizielle sehen die Nutzung der Atomenergie als notwendig an, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Zwar investiert das Land auch in erneuerbare Energien, doch noch immer deckt Polen mehr als 70 Prozent seines Energiebedarfs aus Kohle. Warschau hat erklärt, bis 2049 aus der Kohleverstromung auszusteigen - mithilfe von Windkraft- und Fotovoltaikanlagen und Atomreaktoren. Dieser Kurs wird im Grundsatz von allen relevanten politischen Parteien gestützt, auch von der oppositionellen Bürgerplattform (PO) oder der polnischen Linken. Von einem "historischen Moment" und einer "strategischen Investition" spricht gar die Abgeordnete der linken Partei Razem, Paulina Matysiak. "In einigen Jahren wird das Kraftwerk funktionieren und die Polen mit billiger, emissionsarmer Energie versorgen", sagt Matysiak im Gespräch mit WELT. Wichtig sei die Tatsache, dass diese Investition in den nächsten Jahren von den kommenden Regierungen umgesetzt werde, so die Abgeordnete. "Es wäre daher gut, wenn die Regierung dieses Thema heute mit der Opposition besprechen würde." Auf Deutschland, das die Laufzeiten von drei Kraftwerken nur bis April verlängert hat, blickt sie mit Unverständnis. Es sei eine "Dummheit", Kraftwerke abzuschalten, die noch Jahre laufen könnten.

Zwischen den Parteien besteht in Sachen Atomeinstieg kein Widerspruch. Doch sieht es so aus, als würde die Entscheidung vor allem die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bei den Wählern in ein positives Licht rücken. Dass die PiS den Einstieg jetzt so schnell vorantreibt, dürfte nicht nur am Krieg in der Ukraine liegen, sondern auch daran, dass 2023 in Polen ein neues Parlament gewählt wird. Die PiS möchte sich daher als Partei der Macher inszenieren. Atomland Frankreich geht bei diesem Geschäft leer aus. Zu den ausländischen Bewerbern gehörte ursprünglich auch der französische Atomergiegigant EDF. Paris hat Polen in den vergangenen Monaten ganz besonders umworben. Schon 2021 eröffnete EDF ein Büro in Warschau und mit Philippe Crouzet ernannte die französische Regierung sogar einen Repräsentanten für die Atom-Zusammenarbeit

mit Polen. Geholfen hat es nicht. "Ich schließe aber nicht aus, dass in naher Zukunft auch Verträge mit Frankreich abgeschlossen werden. Paris hat ein großes Interesse daran, in Sachen Atomkraft mit Polen zusammenzuarbeiten", sagt Jakub Wiech, polnischer Experte für Atomkraft und stellvertretender Chefredakteur des Fachmagazins "Energetyka24", im Gespräch mit WELT. Tatsächlich könnte Polens Regierung darauf setzen, dass Frankreich im Gegenzug für einen Atomvertrag eine sanftere Haltung im Streit um den polnischen Rechtsstaat einnimmt. Paris etwa könnte, so wird spekuliert, auf die EU-Kommission einwirken, damit sie die 36 Milliarden Euro aus dem Corona-

Aufbaufonds freigibt.

Dass Warschau sich gegen einen europäischen Partner entschieden hat, zeugt von strategischen Überlegungen: Die USA sind der wichtigste sicherheitspolitische Partner Polens. Das Land, das im Zuge des Krieges in der Ukraine zum Frontstaat geworden ist, wird wohl bald über die größte konventionelle Armee der EU verfügen und kauft Waffensysteme vor allem in den USA. Zweitwichtigster Partner mit Blick auf Verteidigung ist Südkorea. Gerade hat Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak mehrere milliardenschwere Verträge mit Seoul unterzeichnet.